



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Machtkampf in Rumänien: Die Regierung, der Präsident und die Justiz

Ursprung, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-66446>

Journal Article

Originally published at:

Ursprung, Daniel (2012). Machtkampf in Rumänien: Die Regierung, der Präsident und die Justiz. Osteuropa, 62(9):3-14.

<i>Daniel Ursprung</i>	Machtkampf in Rumänien Die Regierung, der Präsident und die Justiz	3
<i>Anneli Gabanyi</i>	Politisches Lehrstück Die Staatskrise in Rumänien	15
<i>Mykola Rjabčuk</i>	Prekäre Autokratie Stillstand und Wandel in der Ukraine	37
<i>Valeryj Karbalevič</i>	Faust in der Tasche Wahlsimulation in Belarus	53
<i>Ignác Romsics</i>	Trianon und der Holocaust Ungarische Traumata des 20. Jahrhunderts	57
<i>Ferenc Laczó</i>	Verwirrte Fäden, blinde Flecken Die ungarischen Juden in der Horthy-Ära	73
<i>Larynas Katkus</i>	Komische Agonie Das Groteske in der spätsozialistischen Literatur	87
<i>Rüdiger Ritter</i>	Produktive Missverständnisse Jazz im Ostblock	97
<i>Roland Götz</i>	Aussterbende Gattung Deutschlands Russlandökonomen	113
<i>Marlis Prinzing</i>	Adieu, KISS Plädoyer für eine neue Osteuropa-Berichterstattung	117
<i>Andreas Umland</i>	Weißer Fleck Die Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit	127

Daniel Ursprung

Machtkampf in Rumänien

Die Regierung, der Präsident und die Justiz

Rumänien stürzte im Sommer 2012 in eine Staatskrise. Ein Machtkampf zwischen der neuen Regierung und dem Präsidenten lähmte die Institutionen. Bei dem Versuch, den umstrittenen Präsidenten Băsescu abzusetzen, verletzte die Regierung mehrfach rechtsstaatliche Prinzipien. Hinter der Auseinandersetzung steckt ein Kampf um die Unabhängigkeit der Justiz. Diese hat jedoch dem Druck standgehalten und könnte aus der Krise gestärkt hervorgehen.

Rumänien erlebte im Sommer 2012 seine größte politische Krise seit 1989. Die Regierung verletzte im Machtkampf mit dem Präsidenten und der Justiz mehrfach rechtsstaatliche Prinzipien. Die ohnehin angespannte politische Lage eskalierte nach einem Gerichtsurteil: Am 20. Juni wurde Adrian Năstase, der Premierminister der Jahre 2000–2004, wegen eines Parteispendenskandals rechtskräftig verurteilt. Der sofortigen Überstellung ins Gefängnis konnte er sich nur durch einen missglückten Suizidversuch entziehen. Die Nachricht wirkte wie ein Schock auf das rumänische politische Establishment. Verfahren gegen Politiker waren zuvor in aller Regel im Sande verlaufen. Insbesondere Năstase hatte als unantastbar gegolten. Nun aber konnten mehrere hochrangige Politiker aller großen Parteien, die in Strafverfahren verwickelt sind oder mit Anklagen rechnen müssen, nicht mehr davon ausgehen, dass sie ohnehin nicht zur Rechenschaft gezogen werden.¹

Kurz darauf begannen sich die Ereignisse zu überstürzen. Das regierende Parteienbündnis *Uniunea Social-Liberală* (Sozial-Liberale Union, USL) brach einen Machtkampf mit Präsident Traian Băsescu vom Zaun. Anfang Juli peitschte die USL die vorläufige Suspendierung Băsescus durch das Parlament.² Der seit 2004 amtierende Băsescu ist,

Daniel Ursprung (1975), lic. phil., Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte der Universität Zürich

Von Daniel Ursprung erschien in OSTEUEPORA: Die Peripherie als Zentrum. Osteuropa und die Kulturgeschichte des Politischen, in: Transfergeschichte(n). Peripherie und Zentrum in Europa [= OE, 3/2008], S. 145–156.

¹ Siehe die auf der Website der investigativen Anti-Korruptions-NGO *România curată* (Sauberes Rumänien) veröffentlichte Liste, <www.romaniacurata.ro/nume.php>. – Macovei denunță: Cine sunt parlamentarii corupți care votează în numele dumneavoastră! Adevărul, 19.2.2012. Dieser und alle im folgenden zitierten Artikel sind der online-Version der entsprechenden Zeitung entnommen.

² Zur Chronologie der Ereignisse: Traian Băsescu a câștigat un război în care a pierdut majoritatea bătațiilor, Adevărul, 30.8.2012.

wie es die Verfassung fordert, formell parteilos. Er steht jedoch der *Liberaldemokratischen Partei* (Partidul Democrat Liberal, PDL) nahe. Diese stellte von Ende 2008 bis Februar 2012 unter Premierminister Emil Boc die Regierung. Als Boc nach Massenprotesten gegen seine Regierung zurücktrat, folgte auf ihn der parteilose, ebenfalls Băsescu nahestehende Mihai-Răzvan Ungureanu. Dessen Regierung wurde jedoch bereits Ende April 2012 gestürzt, nachdem Abgeordnete aus der PDL, die eine vernichtende Niederlage ihrer Partei bei den Lokalwahlen im Juni 2012 und den Parlamentswahlen im Dezember 2012 fürchteten, zu anderen Parteien übergelaufen waren. Der USL gehören die *Sozialdemokratische Partei* (Partidul Social Democrat, PSD) des neuen Ministerpräsidenten Victor Ponta, die *Nationalliberale Partei* (Partidul Național Liberal, PNL) und die mit der PNL seit Anfang 2011 in einer Allianz verbundene *Konservative Partei* (Partidul Conservator, PC) an.

Um den Präsidenten zu suspendieren, schreckte die regierende USL auch vor Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien nicht zurück. Während des laufenden Verfahrens änderte sie immer wieder die Regeln und baute in zumindest fragwürdiger Weise verfahrenstechnische Hürden ab: Die Regierung unterstellte das Amtsblatt ihrer Kontrolle und versuchte, mit Dringlichkeitsverordnungen die Regeln für ein Referendum über eine Amtsenthebung des Präsidenten zu modifizieren und die Kompetenzen des Verfassungsgerichtes zu beschneiden; die USL ersetzte mit ihrer Mehrheit im Parlament den Ombudsmann wie auch die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern durch eigene Leute. Bei einem ersten Amtsenthebungsverfahren gegen Băsescu 2007 hatten die Verfahrensschritte bis zur Suspendierung durch das Parlament mehr als zwei Monate gedauert – 2012 war es weniger als eine Woche.³ Auch im Zusammenhang mit diversen Plagiatsskandalen von Mitgliedern des Kabinetts Ponta, einschließlich des Premierministers selbst, zeigte die Regierung ihr Verständnis von Rechtsstaatlichkeit: In aller Eile ordnete sie die Umbesetzung oder Auflösung mehrerer Gremien an oder beschchnitt deren Kompetenzen, bevor sie sich mit dem Plagiatsfall befassen konnten. Auf dieser Grundlage wurden Verdikte, die das Plagiat Pontas bestätigten, mit legalistischen Argumenten für nichtig erklärt und als mafiöse Aktionen politischer Gegner bezeichnet.⁴

Am 29. Juli ließ die Regierung – gemäß dem von der Verfassung vorgeschriebenen Verfahren zur Amtsenthebung eines Präsidenten – ein Referendum abhalten, um Băsescu endgültig aus dem Amt zu entfernen. Bei diesem Referendum sprachen sich zwar mehr als 87 Prozent der Teilnehmer dafür aus, Băsescus aus dem Amt zu entfernen. Gleichwohl scheiterte das Referendum, weil sich nur 46 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten, gesetzlich aber eine Beteiligung von mindestens 50 Prozent vorgeschrieben ist.⁵ Danach versuchte insbesondere die PNL mit zahlreichen juristi-

³ Zum Amtsenthebungsverfahren von 2007 Valentina-Andreea Dimulescu: Presidential impeachment in semi-presidential systems. Case study: Romania 2007, in: euroPOLIS, 1/2010, S. 101–132. – Camelia M. Cmeciu, Monica P. Pătruț: Unconventional political campaigns in Romania: Presidential impeachment referendum (2007), in: Styles of communication, 1/2009, S. 8, <<http://journals.univ-danubius.ro/index.php/communication/article/view/138/131>>.

⁴ Ponta, despre plagiat: Actiune mafiota a Consiliului. A fost infiintat pentru mine, Ziare.com, 1.7.2012.

⁵ Biroul electoral central: Rezultatul referendumului național din data de 29 iulie 2012 pentru demiterea Președintelui României, <www.becreferendum2012.ro/DOCUMENTE%20BEC/Rezultate/rezultat.pdf>.

schen Kniffen, ja mit klar illegalem Vorgehen, das Referendum doch noch für gültig erklären zu lassen.⁶ So behauptete sie, in den Wählerlisten würden zahlreiche verstorbene oder ausgewanderte Personen geführt, so dass die tatsächliche Zahl der Stimmberechtigten wesentlich niedriger und das Quorum von 50 Prozent erreicht worden sei. Bei den Lokalwahlen wenige Wochen zuvor hatte jedoch niemand die Wählerlisten in Frage gestellt. Nun aber plante die Regierung ohne rechtliche Grundlage eine nachträgliche Aktualisierung der Wählerlisten, bei der u.a. Staatsbürger, die im Ausland leben, von den permanenten Wählern gestrichen werden sollten – ein klarer Rechtsverstoß.

Eine der Schlüsselfiguren des Amtsenthebungsverfahrens gegen Băsescu war Dan Voiculescu. Dieser ist die graue Eminenz der zum Regierungsbündnis gehörenden *Partidul Conservator* und seit vielen Jahren einer der vehementesten Gegner Băsescus.⁷ Voiculescu – ein überführter ehemaliger Mitarbeiter des kommunistischen Geheimdienstes Securitate – ist außerdem Inhaber des einflussreichen Medientrusts *Intact* und war bis Ende Juni 2012 Mitglied des rumänischen Senats.

Gegen Voiculescu läuft ein Strafverfahren wegen einer einige Jahre zurückliegenden, höchst umstrittenen Privatisierung. Fünf Tage nach der Urteilsverkündung im Prozess gegen Năstase und kurz vor Abschluss des Verfahrens gegen ihn selbst gab Voiculescu am 25. Juni bekannt, dass er sein Mandat als Senator niederlege. Die meisten unabhängigen Beobachter werteten dies als Versuch, das Urteil zu verzögern. Denn der Rücktritt ermöglichte es Voiculescu, einen Antrag auf Überweisung des Verfahrens an eine andere Instanz zu stellen, die den Fall neu aufrollen muss. Genau dies taten Voiculescus Anwälte sofort nach dessen Ausscheiden aus dem Senat.⁸

Eine weitere treibende Kraft neben Voiculescu und seiner *Konservativen Partei* war die mit ihr in einer Allianz verbundene *Nationalliberale Partei*. Auch in ihren Reihen befinden sich Politiker, die in Strafverfahren verwickelt sind und zu den Protagonisten der Anti-Băsescu-Front gehören. Relu Fenechiu etwa, der für die PNL die Kampagne vor dem Referendum über die Amtsenthebung Băsescus leitete, war kurz zuvor in nicht weniger als 46 Fällen wegen des Verdachts auf Korruption angeklagt worden.⁹ Auch mit Călin Popescu-Tăriceanu von der PNL verbindet Băsescu seit mehreren Jahren eine intensive Feindschaft.¹⁰ Manche persönliche Animositäten zwischen Băsescu und verschiedenen Politikern der PNL reichen gar bis in die 1990er Jahre zurück.

⁶ Cum se îngroapă peste 2,5 milioane de români. Ce a cerut Curtea Constituțională de la Guvern și ce a înțeles Victor Ponta să trimită, Gândul.info, 20.8.2012. – Elogiul nebuniei. Culisele celor 13 zile post-referendum care au aruncat România în criză de nervi – momentele decisive și personajele-cheie, Gândul.info, 11.8.2012.

⁷ Verdict definitiv: Dan Voiculescu a făcut poliție politică, Românii liberă, 10.3.2011. – Zu Voiculescu siehe auch: Le Raspoutine de Bucarest, Le Monde, 31.8.2012.

⁸ Voiculescu cere ÎCCJ să trimită dosarul său privind privatizarea ICA la Tribunalul București, Cotidianul, 29.6.2012.

⁹ Deputatul PNL, Relu Fenechiu, este acuzat de 46 de infracțiuni de corupție în afacerea „Transformatorul”, Evenimentul zilei, 28.6.2012.

¹⁰ Adina Marina Stefan: Democratization and securitization. The case of Romania. Leiden 2009, S. 104–105. – Cosmin Gabriel Marian, Ronald F. King: A War of Two Palaces. Semi-Presidential Government and Strategic Conflict, Ronald F. King, Paul E. Sum (Hg.): Romania under Basescu. Aspirations, Achievements, and Frustrations during his first presidential term. Lanham etc. 2011, S. 107–134. – Sean Müller: The conflict between Basescu and Tariceanu. A Governmental System Viewpoint, in: Sfera Politicii, 126–127/2007, S. 50–61.

Die PNL hat darüber hinaus Interesse an einer raschen Vertreibung Băsescus aus dem Präsidentenpalast, weil ihr Parteichef Crin Antonescu Ambitionen auf Băsescus Amt hat. Bei der Vergabe der Posten unter den Mitgliedern des Parteienbündnisses USL war Victor Ponta von der PSD Premierminister geworden. Antonescu machte deswegen keinen Hehl daraus, dass er Präsident werden will. Auch eine Reihe weiterer hochrangiger PNL-Politiker können sich nur dann Hoffnung auf wichtige Posten im Staatsapparat machen, wenn Antonescu diese als Präsident neu vergibt. Die PNL benötigt zu diesem Zwecke jedoch ihre Koalitionspartner. Da die USL eine rein taktische, sehr fragile Allianz ist, fürchtet die PNL leer auszugehen, wenn Băsescu regulär bis Ende 2014 im Amt bleibt. Daher drängte sie die PSD dazu, das Amtsenthebungsverfahren gegen Băsescu zu unterstützen.¹¹

Für die PSD selbst scheint es zunächst kein vordringliches Ziel gewesen zu sein, den Präsidenten aus dem Amt zu entfernen – zumindest nicht vor den Parlamentswahlen, die für Anfang Dezember 2012 angesetzt sind. Eine Reihe von Ereignissen scheint dann einen Sinneswandel ausgelöst zu haben: die Verurteilung Năstases, die Plagiatsvorwürfe gegen Ponta und weitere Skandale um verschiedene Minister, schließlich eine Entscheidung des Verfassungsgerichts, das im Streit zwischen Băsescu und Ponta um die Frage, wer Rumänien auf EU-Gipfeln vertreten dürfe, zugunsten des Präsidenten urteilte.

So fanden sich die PSD und die PNL in einer „monströsen Koalition“¹² wieder. Sie vereint Politiker unterschiedlichster politischer Herkunft, die nichts als die Feindschaft gegenüber Băsescu vereint.¹³ In den 1990er Jahren hatte eine tiefe Kluft die um Ion Iliescu gruppierten Postkommunisten von den Antikommunisten getrennt, die sich in der Demokratischen Konvention (CDR) zusammengeschlossen hatten.¹⁴ Wenn die beiden Blöcke auch in sich heterogen waren, so waren sie doch klar voneinander unterscheidbar. Heute aber stehen prominente Exponenten der CDR und bekennende Antikommunisten im selben Lager wie Ion Iliescu, ihr Erzfeind der 1990er Jahre.¹⁵ Ausgerechnet der Medientrust *Intact* des ehemaligen Securitate-Spitzels Voiculescu ist das Sprachrohr dieser Anti-Băsescu-Koalition. Insbesondere der TV-Nachrichtenskanal *Antena 3* – einer der populärsten Sender Rumäniens, auf den Personen aus dem Umfeld der *Nationalliberalen Partei* großen Einfluss ausüben,¹⁶ bildet seit Jahren die Speerspitze des Kampfes gegen Băsescu.¹⁷ Mit einer Mischung aus Enthüllungsjournalismus und klassischen Propagandatechniken verunglimpft der Sender den Präsidenten und seine Anhänger, die despektierlich als „bășiști“ bezeichnet werden. Lügen, Halbwahrheiten und unbelegte Behauptungen bilden dabei ein unentwirrbares Gerüpp.

¹¹ Ce-i lipsește lui Crin Antonescu pentru a fi președinte, România liberă, 9.8.2012.

¹² Als „Monstruoasa coalitiție“ wird in Rumänien die Koalition zwischen den verfeindeten Liberalen und Konservativen bezeichnet, die 1866 den Sturz des ersten Fürsten von Rumänien, Alexandru Ioan Cuza, herbeigeführt hatte.

¹³ Gustul amar al vrajbei nostre, Revista 22, 28.8.2012.

¹⁴ Zur Demokratischen Konvention ausführlich Dan Pavel, Iulia Huiu: „Nu putem reuși decât împreună“. O istorie analitică Convenției Democratice, 1989–2000. Iași 2003, S. 342–343.

¹⁵ Andrei Pleșu: Clasa politică ne va învăța să reabilităm cuvântul prostie, Revista 22, 4.9.2012.

¹⁶ Instrucțiunile USL pentru Antena 3, Adevărul, 25.7.2012.

¹⁷ Iulie, luna știrilor. Antena 3 a urcat imediat după Pro TV, Paginademedia.ro, 1.8.2012.

Präsident Băsescu – Spieler statt Schiedsrichter

Die rumänische Verfassung weist dem Präsidenten die Aufgabe zu, die Einhaltung der Verfassung und das Funktionieren des Staatsapparats zu überwachen. Zu diesem Zweck soll er als Vermittler zwischen den Organen des Staates auftreten (Artikel 80, Absatz 2). Auch vergibt er den Auftrag zur Bildung einer Regierung, der aber vom Parlament das Vertrauen ausgesprochen werden muss (Artikel 85). Sachpolitische Kompetenzen hat er nur in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (Artikel 91 bis 93).¹⁸

Im politischen Alltag haben in den vergangenen Jahren Premierminister Boc und Präsident Băsescu, der in der PDL über eine starke Hausmacht verfügt, eng zusammengearbeitet. Boc wie auch sein Nachfolger Ungureanu gelten als Gefolgsleute Băsescus, der als „starker Mann“ der PDL bis Ende April 2012 auch einen beträchtlichen Einfluss auf die Regierungsgeschäfte ausübte.

Traian Băsescu ist ein Einzelkämpfer mit einer Vorliebe für politische Konfrontation.¹⁹ Bereits in der Zeit als Verkehrsminister in den Jahren 1991–1992 und 1996–2000 provozierte er immer wieder und war wesentlich für eine Koalitionskrise verantwortlich, die 1998 zum Sturz der Regierung unter Victor Ciorbea führte.²⁰ Als Bürgermeister von Bukarest setzte sich Băsescu 2000–2004 mit populistischen Aktionen in Szene – etwa mit dem Vorgehen gegen illegal errichtete Straßenkiosks und gegen streunende Hunde. Mit der sozialdemokratischen Regierung unter Adrian Năstase lag der Bürgermeister in einem ständigen Konflikt, den er medienwirksam inszenierte.²¹

Bei den Präsidentenwahlen Ende 2004 trat Băsescu gegen Năstase an und gewann knapp. Auch im höchsten Staatsamt blieb er Meister der Provokation und der politischen Intrige. Als Präsident schöpfte Băsescu seine in der Verfassung festgeschriebenen Kompetenzen exzessiv aus. Er agierte nicht als neutraler Schiedsrichter, sondern griff als aktiver Spieler in das politische Geschehen ein. In populistischer Manier distanzierte er sich von der „politischen Klasse“, die er pauschal diffamierte und für die weit verbreitete Korruption verantwortlich machte.²² Băsescus Lager hat in den Jahren, in denen es die Regierungsverantwortung trug, wenig zu einer konsensorientierten Politik beigetragen.

Băsescu wurde immer wieder Nepotismus und Klientelismus vorgeworfen. Tatsächlich hat sich um Băsescu ein Netzwerk von Politikern und Geschäftsleuten gebildet, deren politische Karrieren Băsescu gefördert hat oder die von öffentlichen Aufträgen profitiert haben.²³ Die meisten Regierungen nach 1989, vor allem die von den Sozial-

¹⁸ Verfassung Rumäniens. Rumänische Fassung auf der Internetseite der Abgeordnetenversammlung <www.cdep.ro/pls/dic/site.page?id=339>. Britische Fassung auf der Seite des Verfassungsgerichts, <www.ccr.ro/default.aspx?page=laws/constitution>.

¹⁹ Exemplarisch: Rumäniens Präsident Băsescu. Der Kapitän bleibt an Bord, FAZ, 30.7.2012. – Mirela Corlățan: Nota lui Băsescu către Securitate, văzută de Andrei Pleșu, Evenimentul zilei, 29.9.2010. – Eine Biographie aus der Feder eines bekennenden Gegners Băsescus liefert Marius Oprea: Adevărata față lui Traian Băsescu. București 2012.

²⁰ Pavel, Huiu, Nu putem reuși [Fn. 14].

²¹ Tom Gallagher: Theft of a nation. Romania since communism. London 2005, S. 323.

²² Gabriel Badescu: Corruption, education, and political culture in Romania, in: King, Sum, Romania under Basescu [Fn. 10], S. 221–238, hier S. 225–228.

²³ Cine este cuscrușul președintelui, Adevărul, 29.8.2012.

demokraten kontrollierten, hatten klientelistische Praktiken für die eigene Gefolgschaft mit der flächendeckenden Zuteilung von Budgetmitteln an die breite Masse der Bevölkerung kombiniert. Diese Sozialleistungen beanspruchten den Staatshaushalt übermäßig, hielten aber einen Großteil der Bevölkerung in politischer Abhängigkeit, wovon die politischen Eliten profitierten.²⁴

Die politische Krise vom Sommer 2012 spiegelt daher auch sozioökonomische Verwerfungen wider. In den Jahren 2000 bis Mitte 2008 boomte die rumänische Wirtschaft mit einem jährlichen Wachstum von bis zu 8,4 Prozent im Spitzenjahr 2004. Die Regierungen unter Premier Adrian Năstase (PSD, 2000–2004) und Călin Popescu-Tăriceanu (PNL, 2004–2008) hatten den Staatsapparat ausgebaut, Gehälter und Renten großzügig erhöht und die Rentenkassen durch zahlreiche Frühpensionierungen zusätzlich belastet.²⁵ Im Jahr 2008 machten sich die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise bemerkbar, die Einnahmen des rumänischen Staates sanken, die Ausgaben stiegen. Rumänien, dessen Budgetdefizit 2009 8,6 Prozent des BIP erreichte, drohte die Zahlungsunfähigkeit.²⁶

Im März 2009 musste das Land die EU und den Internationalen Währungsfonds um Notkredite ersuchen. Diese waren an drastische Sparmaßnahmen geknüpft. Das Kabinett von Emil Boc (PDL) begann mit einem Stellenabbau im öffentlichen Sektor, kürzte ab Juni 2010 die Gehälter von Staatsangestellten um 25 Prozent, während die Renten um 15 Prozent reduziert werden sollten. Das Verfassungsgericht kippte die Rentenkürzung. Stattdessen erhöhte die Regierung zum 1. Juli 2010 die Mehrwertsteuer von 19 auf 24 Prozent. Die Sparmaßnahmen reduzierten die sozialstaatliche Umverteilung erheblich, die Vorzugsbehandlung für die Gefolgschaft der Regierung Boc aber ging nicht in gleichem Maße zurück. Diese Ungleichbehandlung führte dazu, dass Băsescus Popularität deutlich sank.²⁷ Er zog den Unmut auf sich, da viele Rumänen der Ansicht sind, die Sparpolitik sei primär seiner Initiative entsprungen. Denn obwohl die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Kompetenz der Regierung liegt, war es Băsescu gewesen, der im Mai 2010 die Austeritätspolitik verkündet hatte. Da Băsescu die sozialen Auswirkungen dieser Politik auch noch zynisch kommentierte, gelang es seinen Gegnern mit einer beispiellosen Medienkampagne, den Unmut der Gesellschaft auf Băsescu zu lenken.

Den Zorn eines weiten Teils der politischen Klasse zog Băsescu jedoch nicht mit der Sparpolitik und auch nicht so sehr mit der in Rumänien in allen Parteien üblichen Begünstigung eigener Leute auf sich. Vielmehr verärgerte es besonders seine einstigen Verbündeten in der PNL, dass er sich als unerschrockener Kämpfer gegen korrupte Praktiken in Szene setzte und mit Enthüllungen über Korruptionsfälle politische Gegner diskreditierte.²⁸ Wenn Personen außerhalb eines engen Kreises von Vertrauten

²⁴ Dazu ausführlich: Lucian Croitoru: Jaful vs. Dreptul de a nu minți, Gândul.info, 2.8.2012.

²⁵ Constantin Anghelache: România 2009. Starea economică în criză profundă. București 2009, S. 525–529.

²⁶ Oana Elena Mesea: Influența deficitului bugetar asupra dezvoltării economice a României, <<http://mpira.ub.uni-muenchen.de/40476>>.

²⁷ Pentru cine bat clopotele (II), România liberă, 27.8.2012. – Zur klientelistischen Zuteilung von Geld durch die Regierung Ungureanu Adrian Popescu: Premierul Ungureanu a mințit: 80% din banii de la fondul de rezervă au mers la primăriile Puterii, România curată, 10.4.2012.

²⁸ Monica Patrut: The Confrontation of Candidates and Political Doctrines in the 2009 Presidential Campaign, in: Journal of Media Research, 1/2011, S. 42–51, hier S. 50.

politische Protektion des Präsidenten erbat, mussten sie damit rechnen, von Băsescu bloßgestellt zu werden. Mehrfach sprach Băsescu davon, dass er von Politikern – deren Namen er nicht nannte – ersucht worden sei, die Justiz in deren Sinne zu beeinflussen.²⁹ Gelegentlich nannte er auch Namen. 2007 etwa warf er dem damaligen Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu vor, dieser habe ihn 2005 gebeten, bei der Justiz zugunsten eines Parteifreundes, des Unternehmers Dinu Patriciu, zu intervenieren. Băsescu griff den Premier mit den Worten an: „Der Premierminister hat mir eine Partnerschaft vorgeschlagen. Aber leider eine Partnerschaft mit unseren Oligarchen . . .“³⁰ Wenig später überwarf sich Băsescu mit Tăriceanu und dessen Partei. Der gewiefte Geschäftsmann Patriciu, der mit einem Vermögen von 1,5 Milliarden Dollar der reichste Rumäne ist,³¹ hat sich stets mit allen wichtigen politischen Kräften gut gestellt und auch die Sozialdemokraten finanziert.³²

Indem Băsescu das parteiübergreifende Kartell der Reichen und Mächtigen desavouierte und seine Gunst auf einen engen Kreis von Vertrauten beschränkte, von denen er sich im Gegenzug einen direkten Vorteil für sein Image und seine Ziele versprach, schuf er einen neuen Politstil. Er brach das ungeschriebene Gesetz, dass sich das politische Establishment über alle parteipolitischen Querelen hinweg im Falle einer Strafverfolgung gegenseitig unterstützt. So brachte er einen guten Teil der politischen und wirtschaftlichen Elite gegen sich auf.

Bild gelöscht (Copyright)

Năstase trifft Justitia: „Halt die Waage gerade!“

²⁹ A tăcut și n-a făcut, Jurnalul național, 13.12.2009.

³⁰ Băsescu i-a arătat lui Tăriceanu cartonașul roz, 9am news, 18.1.2007.

³¹ Forbes The world's billionaires: #854 (as of march 2012), <www.forbes.com/profile/dinu-patriciu>.

³² Tom Gallagher: Romania and the European Union. How the weak vanquished the strong. Manchester, New York 2009, S. 59.

Wenngleich Băsescu sich keine derart massiven Verstöße gegen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien zuschulden kommen ließ wie das Kabinett Ponta, so entbehren Zweifel an den hehren Absichten Băsescus, der sich gern als Saubermann im Kampf gegen Korruption und Einflussnahme darstellt, nicht jeglicher Grundlage. Băsescu versteht es zwar, fähige Leute um sich zu scharen und Probleme mit zum Teil unkonventionellen Mitteln zu lösen.³³ Personen hingegen, deren Unterstützung er zu entbehren können glaubte oder die sich ihm nicht unterordneten, wurden zum Ziel von öffentlichen Attacken. Enthüllungen aus seinem Umfeld kamen den taktischen Zielen des Präsidenten meist gelegen und tauchten jeweils zu einem günstigen Zeitpunkt auf. Als etwa Premierminister Victor Ponta Ende Juni 2012 dem Präsidenten das Recht streitig machte, Rumänien auf dem EU-Gipfel in Brüssel von Ende Juni 2012 zu vertreten, tauchten in ausländischen Medien Plagiatsvorwürfe gegen Ponta auf. Băsescu bestritt zwar, vom unrechtmäßigen Dokortitel Pontas gewusst zu haben. Allerdings hatte der Präsident wenige Tage, bevor die Affäre aufflog, Ponta süffisant als „dottore“ tituiert. Ponta beschuldigt seinerseits Daniel Funeriu, einen Berater Băsescus, verleumderische Informationen zu seiner Doktorarbeit an die Presse weitergeleitet zu haben.

Bild gelöscht (Copyright)

Olympiasieger am Schwebebalken: Crin Antonescu, Traian Băsescu, Victor Ponta

³³ Ebd., S. 95–96.

Diskreditierung und Delegitimierung der Justiz

Die konfrontativ ausgetragenen politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre haben zu einem Konflikt zwischen Regierung und Justiz beziehungsweise dem Verfassungsgericht geführt, der die Grundlagen der Verfassung berührt. Statt Kompromisse im Parlament oder zwischen Präsident und Parlamentsmehrheit zu schließen, riefen die politischen Gegner Gerichte als Schiedsinstanzen an und zogen diese so in ihre Konflikte hinein.³⁴ Dies führte zu einer Aufwertung der Gerichte und des Verfassungshofes.

Der Kampf des Kabinetts Ponta gegen Băsescu ist daher auch als Versuch zu werten, den gewachsenen Einfluss unabhängiger Instanzen auf die Entscheidungen von Regierung und Parlament zu beschneiden. Die erschreckende Geringschätzung der Regierungskoalition für rechtsstaatliche Prinzipien und den Grundsatz der Gewaltenteilung zeigte sich insbesondere an den Reaktionen auf das Urteil des Verfassungsgerichts zur Gültigkeit des Referendums.

Am 21. August 2012 erklärte der Verfassungshof das Referendum nach drei Wochen schmutzigen Propagandakrieges mit sechs zu drei Stimmen wegen zu geringer Beteiligung für ungültig. Damit konnte Băsescu in den Präsidentenpalast zurückkehren. Vertreter der USL beschimpften massiv die Verfassungsrichter, die schon vor der Entscheidung mehrfach über Drohungen geklagt hatten. Premierminister Ponta und Interimspräsident Antonescu bezeichneten das Urteil als illegal. Die Verfassungsrichter seien „politruți“ (Politoffiziere) des illegitimen Präsidenten Băsescu.

Ganz unabhängig davon, ob man ein Quorum von 50 Prozent für die Gültigkeit des Referendums für sinnvoll hält, hatte das Verfassungsgericht bei geltender Rechtslage keinen Spielraum, anders zu entscheiden. Die USL erklärte jedoch, Băsescu sei von einer überwältigenden Mehrheit abgewählt worden, das Quorum sei daher undemokratisch. Doch ohnehin sei das Quorum erfüllt, weil die Wählerlisten falsch seien. Diese erst Tage nach dem Referendum ins Spiel gebrachte Argumentation ist selbst bei sehr freier Interpretation der Gesetzeslage unhaltbar, was auch den USL-Vertretern klar sein muss. Die ständige Wiederholung dieser Argumente ist daher nichts als Propaganda.

Die Äußerungen Pontas und Antonescus sowie die zahlreichen Attacken gegen den Verfassungshof auf *Antena 3* und in anderen regierungsnahen Medien können nur als Versuch verstanden werden, das Verfassungsgericht sowie die Justiz zu delegitimieren und so die Grundlage für eine politische Unterordnung dieser Organe zu schaffen. Anders als die USL behauptet, ist das Verfassungsgericht nicht von Băsescu vereinnahmt. Das Gericht ist gegenwärtig ausgewogen besetzt: Je vier Verfassungsrichter stammen aus den beiden verfeindeten politischen Lagern, einen hat der Verband der Ungarn berufen.³⁵ Der politische Charakter des Verfassungsgerichts – drei Richter ernennt die Abgeordnetenkammer, drei der Senat und drei der Präsident – beruht auf

³⁴ Alina Mungiu-Pippidi: În apărarea magistraților, *România liberă*, 25.11.2010.

³⁵ Cine sunt judecătorii CCR de care depinde validarea referendumului? *România liberă*, 1.8.2012.

einer bewussten Entscheidung der Verfassungsgeber, die bislang nie umstritten war.³⁶ Die Regierung stellte die Legitimität des Verfassungsgerichts erst dann in Frage, als dieses während des aktuellen Machtkampfs mehrfach gegen sie entschied. Damit brach sie ein Tabu, das zuvor ungeachtet der vielen Querelen alle politischen Kräfte respektiert hatten.

Ähnlich sind die heftigen Attacken gegen Richter, Staatsanwälte und andere Personen aus dem Justizwesen zu bewerten, die sich der Regierung in der Frage des Amtsenthebungsverfahrens entgegenstellten. Nachdem der Richter Cristian Dănilă – ein Mitglied des Obersten Magistraturrats, des Selbstverwaltungsorgans der Justiz – die USL gewarnt hatte, sie solle die Unabhängigkeit der Justiz nicht antasten, wurde er Ende August 2012 Ziel einer schmutzigen Kampagne. *Antena 3* publizierte angeblich kompromittierendes Material. Die im Stile einer Anklage vorgetragenen Vorwürfe gipfelten in der Bemerkung, Leute wie Dănilă seien „viel schlimmer als ein Hund, viel schlimmer als ein Tier“.³⁷

Hinter dieser Medienkampagne ist unschwer das Ziel zu erkennen, die Glaubwürdigkeit der Justiz zu untergraben und ihre Repräsentanten einzuschüchtern. Băsescu hat im Bemühen um eine glaubwürdigere Justiz mehrfach unabhängige, politisch nicht gebundene Personen in wichtige Funktionen gehoben. Die Äußerungen dieser Personen zur Unabhängigkeit der Justiz decken sich mit der Rhetorik des Präsidenten. Deswegen wurden sie von Gegnern Băsescus kurzerhand als dessen Lakaien verunglimpft. Die behauptete Beeinflussung der Justizorgane durch Băsescu wird jedoch kaum je konkret belegt, sondern mit stereotypen Floskeln stets nur behauptet.³⁸ Zwar hat Băsescu die Justiz tatsächlich durchaus wiederholt aufgefordert, endlich ernst mit der Korruptionsbekämpfung zu machen. Problematisch an den Vorwürfen der Gegner Băsescus ist, dass die Kräfte der USL selbst nie vergleichbare Versuche unternommen haben, eine tatsächliche Unabhängigkeit des Rechtswesens zu realisieren. Alle Regierungen nach 1989 haben die Justiz massiv unter Druck gesetzt. Erst unter Băsescu hatte sie in den letzten Jahren mehr Spielraum, um auch heikle Fälle zum Abschluss zu bringen.

Das Dilemma des Kampfs gegen Korruption im rumänischen Justizwesen besteht darin, dass ohne eine gewisse Einwirkung von außen – also ohne Eingriff in die Unabhängigkeit der Institutionen – korrupte Praktiken kaum wirksam bekämpft werden können.³⁹

Im gegenwärtigen Machtkampf ist die Entfernung Băsescus aus dem Amt daher weniger das Ziel als vielmehr ein Schritt auf dem Weg zur Unterordnung einer Justiz, die zunehmend gegen Personen aus dem politischen Establishment vorging. Der Einfluss reicher Geschäftsleute auf die Parteien, besonders der PNL, aber auch der PDL und in geringerem Maße der PSD, ist außerordentlich groß und nach 2000 signifikant ange-

³⁶ Angela Kerek: Verfassungsgerichtsbarkeit in Ungarn und Rumänien. Ein Vergleich der Verfassungsgerichtsbarkeiten zweier osteuropäischer Transformationsstaaten auf ihrem Weg zum konsolidierten Rechtsstaat. Berlin 2010, S. 80.

³⁷ Talkshow „Sinteza zilei cu Mihai Gădea“ auf *Antena 3* vom 30.8.2012, Aufzeichnung <http://inregistrari.antena3.ro/view-30_Aug-2012-Sinteza_Zilei_cu_Mihai_Gadea-12.html>.

³⁸ La ce-ar fi bun un rege, romaniacurata.ro, 26.7.2012, <www.romaniacurata.ro/la-ce-ar-fi-bun-un-rege-3113.htm>.

³⁹ Henry F. Carey: European promotion of democracy, human rights, and the rule of law in Romania, in: King, Sum, Romania under Basescu [Fn. 10], S. 331–365, hier S. 347.

stiegen.⁴⁰ Die Korruptionsverfahren sind nur einer, wenn auch vielleicht der wichtigste Grund für die massiven Angriffe auf die Justiz. Diese ist auch in anderen Dingen für viele Politiker zu einer störenden Kraft geworden. Innerhalb weniger Wochen im Mai und Juni 2012 sahen sich so mehrere Minister oder Ministerkandidaten des Kabinetts Ponta gezwungen, aufgrund der Regelungen zur Ämterkumulation Posten niederzulegen oder nicht anzutreten. Einer nicht geringen Zahl von Politikern droht daher ein mehrjähriges Verbot, öffentliche Ämter auszuüben. Eine gefügte Justiz könnte über solche Fälle hinwegsehen.

Autoritäre Tendenzen im europäischen Kontext

Die Heftigkeit, mit der die USL den Machtkampf nicht nur gegen Băsescu, sondern auch gegen die Justiz und das Verfassungsgericht führt, zeigt, dass es den Rechtssprechungsorganen Rumäniens in den letzten Jahren tatsächlich gelungen ist, ihre Unabhängigkeit von politischen Instanzen zu erhöhen. Zu diesem Befund kam auch die Europäische Kommission im Juli 2012. Sie zeigt sich allerdings zugleich besorgt über die Versuche der Regierung Ponta, das Verfassungsgericht zu beeinflussen.⁴¹ Wichtigste Ursache der politischen Krise in Rumänien ist daher ein Kampf um die Kontrolle über die Justiz – die sich jedoch angesichts der massiven Einschüchterungsversuche bislang erstaunlich resistent gezeigt hat.

Die im Mai angetretene Regierung Ponta wollte die verbreitete Unzufriedenheit über die Sparmaßnahmen der letzten Jahre nutzen, um noch vor den Wahlen vom Dezember vollendete Tatsachen zu schaffen. Als diverse Skandale sie in Not brachten, holte sie Ende Juni mit dem Amtsenthebungsverfahren gegen den unpopulären Băsescu zu einem Befreiungsschlag aus. Die Opposition vermochte dem kaum etwas entgegenzusetzen. Die führenden Köpfe der Koalition verfielen – getragen von einer Welle der Popularität und gestärkt durch den Sieg in den Lokalwahlen vom 10. Juni – in einen Machtrausch. Die Erfüllung persönlicher Ambitionen – Antonescus Aspiration auf das Präsidentenamt – schien in Reichweite gerückt. Allein die entschlossenen Reaktionen aus dem europäischen Ausland und den USA hielten die USL letztlich davon ab, ihr Ziel auch unter massiver Verletzung der geltenden Rechtslage durchzusetzen.

Die Regierung Ponta hat rechtsstaatliche Prinzipien nicht aufgrund einer langfristigen Strategie verletzt. Ihr Vorgehen entsprang zu einem guten Teil der Dynamik des Augenblicks. Dies unterscheidet den rumänischen Fall vom ungarischen. In Ungarn verfolgt der rechtsnationale *Fidesz* seit Jahren eine klare ideologische Linie. Um seine konservativ-nationalen Vorstellungen durchzusetzen, stellt er Prinzipien der liberalen Demokratie und des Rechtsstaates hintan. Die in den Wahlen von 2010 errungene Zweidrittelmehrheit machte es dem *Fidesz* möglich, auf weitgehend legalem Weg seine

⁴⁰ Marius Măcișescu, Oleh Protsyk: Political recruitment in Romania: Continuity and change, in: King, Sum, Romania under Basescu [Fn. 10], S. 65–81, hier S. 73–75.

⁴¹ Report from the Commission to the European Parliament and the Council on Progress in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism. Brussels, 18.7.2012, <http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_410_en.pdf>. – Stefan, Democratization [Fn. 10], S. 136–137.

bereits zuvor klar ausgearbeiteten autoritären Vorstellungen zu verwirklichen.⁴² Gestützt auf eine solide Mehrheit hat der *Fidesz* durch zahlreiche Umbesetzungen im Staatsapparat seine Machtposition langfristig abgesichert.⁴³ Die ohne Mitwirkung der Opposition erlassene Verfassung und das neue Wahlrecht tragen ebenfalls dazu bei, dass die *Fidesz*-Politik auch über die nächsten Wahlen hinaus noch lange Folgen haben wird.⁴⁴

In Rumänien hingegen gibt es bisher keine vergleichbaren, nur schwer revidierbaren Änderungen im Verfassungsgefüge. Anders als in Ungarn amtiert bis Ende 2012 lediglich eine Übergangsregierung, die keine ähnlich erdrückende Mehrheit hat. Die heterogene USL-Koalition ist zudem weder ideologisch geschlossen noch annähernd so hierarchisch organisiert wie der *Fidesz*. Die Schnittmenge gemeinsamer Interessen der Koalitionspartner ist recht gering, die bisher demonstrativ hervorgehobene Harmonie primär das Resultat der Hoffnung, als Allianz bei den Wahlen vom Dezember 2012 eine komfortable Mehrheit zu erringen.

So ist es zweifelhaft, ob die Hardliner in der USL, die hinter dem eskalierten Machtkampf stehen, sich auch nach den Wahlen gegen parteiinternen Widerstand werden durchsetzen können. Umfragen zeigen, dass der Machtkampf der Popularität der USL geschadet hat, auch wenn das Bündnis mit Abstand stärkste Kraft im neuen Parlament werden dürfte.⁴⁵

Ein ungarisches oder gar ukrainisches Szenario mit einer Restauration autoritärer Strukturen ist daher unwahrscheinlich, solange die USL nicht als geeinte Kraft über eine klare Parlamentsmehrheit und das Präsidentenamt verfügt. Die Ermahnungen des Auslandes haben mäßigenden Einfluss ausgeübt. Ein Nebeneffekt der jüngsten Krise ist allerdings eine zunehmende EU-Skepsis im Lager der USL, insbesondere bei der PNL. Der Beitritt zur EU war in Rumänien nahezu unumstritten.⁴⁶ Eine ernsthafte Debatte über die Konsequenzen der Mitgliedschaft in einer supranationalen Organisation wurde jedoch nicht geführt. Seit in der Finanzkrise internationale Geldgeber Rumänien Sparmaßnahmen auferlegten, haben euroskeptische und isolationistische Stimmen Auftrieb erhalten. Die internationalen Stellungnahmen zur politischen Krise von 2012 haben diesen Trend weiter gefördert.⁴⁷

Bislang haben jedoch Justiz und Verfassungsgericht – nicht zuletzt dank internationaler Unterstützung – dem massiven Druck der Regierung standgehalten. In der Praxis zeigen sich noch zahlreiche Schwächen bei der Umsetzung und Akzeptanz von Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Doch hat die Krise gezeigt, dass autoritäre Tendenzen der Regierung heute auf ernsten Widerstand stoßen – mehr jedenfalls als in der Regierungszeit von Adrian Năstase (2000–2004). Sofern die USL bei den Wahlen im Dezember 2012 keine erdrückende Mehrheit ähnlich dem *Fidesz* in Ungarn erhält, könnte der rumänische Rechtsstaat langfristig sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen.

⁴² Bálint Magyar: Autokratie in Aktion. Ungarn unter Orbán, in: Quo vadis, Hungaria? Berlin 2011 [= OE, 12/2011], S. 89–103, hier S. 89.

⁴³ András Bozóki: Autoritäre Versuchung. Die Krise der ungarischen Demokratie, ebd., S. 65–87, hier S. 77.

⁴⁴ Herbert Küpper: Mit Mängeln. Ungarns neues Grundgesetz, ebd., S. 135–144. – Alan Renwick: Im Interesse der Macht. Ungarns neues Wahlsystem, in: OSTEUROPA, 5/2012, S. 3–17.

⁴⁵ Sondaj CSOP: USL a coborât la pragul de 50 %, Evenimentul zilei, 29.8.2012.

⁴⁶ Radu Cinopeș: Nationalism and identity in Romania. A history of extreme politics from the birth of the state to EU accession. London, New York 2010, S. 103.

⁴⁷ Andrei Pleșu: Clasa politică ne va învăța să reabilităm cuvântul prostie, Revista 22, 4.9.2012, <www.revista22.ro/articol.php?id=17540>.